

Kurzzusammenfassung des Siebten Altenberichts der Bundesregierung

Je älter ein Mensch wird, desto kleiner wird in der Regel sein Aktionsradius, desto mehr Zeit verbringt er im nahen Wohnumfeld und in der Wohnung. Die Lebensqualität im Alter hängt deshalb in besonderem Maße von den lokalen Umständen ab. Im Siebten Altenbericht "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften" wird untersucht, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter möglich ist.

Der Bericht ist seit dem 11. November 2016 als Bundestags-Drucksache 18/10210 allen Interessierten zugänglich.

Mit Blick auf Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität hat die zuständige Sachverständigenkommission herausgearbeitet, wie die Kommunen gesellschaftliche Teilhabe und eine möglichst lange selbstständige Lebensführung älter werdender Menschen sicherstellen können. Dabei hat die Kommission auch Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten benannt sowie Empfehlungen an die Politik ausgesprochen.

Die Kernbotschaften des Berichts lauten:

- **Gestaltungsaufgaben der Kommunen**

Die Kommunen können und sollen die örtlichen Rahmenbedingungen für das Älterwerden maßgeblich gestalten. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten und Kompetenzen sollten deshalb gestärkt und ausgebaut werden, vor allem in der Pflege, im Bereich Wohnen sowie im Gesundheitswesen. So ist es beispielsweise sinnvoll, dass die Kommunen seit Kurzem die Möglichkeit haben, in Eigenregie medizinische Versorgungszentren einzurichten und zu betreiben. Dies ist ein wichtiger Baustein, um eine hochwertige gesundheitliche Versorgung mit kurzen Wegen auch in ländlichen Regionen sicherzustellen.

- **Finanzielle Spielräume der Kommunen**

Viele Kommunen haben allerdings nur geringe oder gar keine finanziellen Spielräume für wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation ihrer älteren Bürgerinnen und Bürger. Dies betrifft insbesondere hochverschuldete Kommunen. Zwar gibt es einige nationale und europäische Förderprogramme, mithilfe derer vereinzelt Strukturen effektiv verändert werden können (z.B. das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt). Es muss aber auch darüber nachgedacht werden, wie die finanzielle Situation vor allem der stark verschuldeten Kommunen langfristig verbessert werden kann.

- **Vernetzung lokaler Akteure**

Auf lokaler Ebene können die Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels besser bewältigt werden, wenn mehr Planung, Abstimmung, Vernetzung und Koordinierung zwischen den Akteuren der lokalen Seniorenpolitik stattfindet. Lokale Projekte der Altenhilfe funktionieren besser und erreichen mehr Menschen, wenn sie von mehreren Akteuren gemeinsam initiiert und umgesetzt werden.

- **Kommunen als Netzwerkmanager**

In solchen Akteursnetzwerken können die Kommunen wichtige Aufgaben übernehmen: Sie koordinieren, sie managen, sie moderieren, sie motivieren, sie ermöglichen. Dies sieht man beispielsweise in jenen Kommunen, in denen es eine hauptamtliche Pflegekoordination gibt, deren Aufgabe es ist, lokale Pflegenetzwerke aufzubauen. Dabei kooperieren die Kommunen, die Pflegekassen und andere Akteure und verbessern auf diese Weise die Pflegeinfrastruktur vor Ort. Dafür müssen die Kommunen zum Teil neue Kompetenzen sowie ein neues Rollenverständnis entwickeln.

- **Regionale Unterschiede in Deutschland**

Bei all dem muss berücksichtigt werden, dass jede Kommune spezifischen Herausforderungen gegenübersteht und entsprechend angepasste Lösungen braucht. So ist in vielen ländlichen Regionen das wichtigste Thema die Mobilität und die Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung, in Ballungsräumen steht hingegen eher die Versorgung

mit bezahlbarem Wohnraum, die Gestaltung von Quartieren und die Belebung von Nachbarschaften im Vordergrund. Wenn der Bund und die Länder die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln setzen und Förderprogramme auflegen, müssen sie diese regionale und kommunale Vielfalt im Blick behalten und dürfen keine pauschalen Lösungen vorgeben.

- **Lokale Sorgestrukturen**

Lokale Strukturen der Sorge und der Mitverantwortung funktionieren dann am besten, wenn sich Familienangehörige, professionelle Fachkräfte, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie freiwillig Engagierte zusammen um einen Menschen kümmern. Es ist eine wichtige Aufgabe der lokalen Politik, solche Sorgestrukturen systematisch zu fördern und aufzubauen.

- **Ausgleich sozialer Benachteiligungen**

Allerdings ist es eine Herausforderung, bestimmte Bevölkerungsgruppen in lokale Netzwerke einzubinden, etwa Menschen mit sehr niedrigen Einkommen, zurückgezogen lebende Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Menschen mit Sprachbarrieren. Maßnahmen zur Stärkung von lokalen Sorgestrukturen müssen sich deshalb daran messen lassen, wie gut sie sozial benachteiligte Menschen erreichen.

- **Aufteilung von Sorgeaufgaben zwischen Männern und Frauen**

Weitaus mehr Frauen als Männer übernehmen Sorgeaufgaben, vor allem innerhalb der Familie und im informellen sozialen Netzwerk. Daraus können den Frauen handfeste materielle Nachteile entstehen, wenn sie etwa wegen der Pflege eines Familienmitglieds ihre Arbeitszeit reduzieren oder früher in den Ruhestand gehen und deswegen im Alter eine niedrigere Rente bekommen. Ein Ausbau lokaler Sorgestrukturen ist deshalb nur dann nachhaltig und gerecht, wenn solche Nachteile abgebaut werden und Frauen und Männer in gleichem Maße Aufgaben der Sorge und der Unterstützung übernehmen.

- **Teilhabe und Partizipation als Ziel lokaler Politik**

Teilhabe drückt sich auch darin aus, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich in die Gemeinschaft einzubringen und sich an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Ältere Menschen sollten stärker an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Seniorenpolitik beteiligt werden. In den Kommunen sollte eine lokale Politik nicht nur für ältere Menschen, sondern auch mit älteren Menschen praktiziert werden!